



„Das Schlimmste wäre, die Grenzen zu schließen“

Arbeitsmarkt

■ Klaus Zimmermann über Jobchancen für Flüchtlinge.

Klaus Zimmermann, 62, ist Direktor des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit und lehrt Staatswissenschaften an der Universität Bonn. Er gilt als Experte in Fragen der Migration.

Herr Zimmermann, laut Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles wird der Flüchtlingsansturm die demografische Delle auf dem Arbeitsmarkt ausbügeln und den Fachkräftemangel beseitigen. Hat sie recht?

Diese Erwartung ist reichlich übertrieben. Die meisten Flüchtlinge haben keine Ausbildung, können kein Deutsch und haben kaum eine Chance. Wenn wir von einer Million Flüchtlingen ausgehen, kommen davon langfristig nicht mehr als rund 200 000 für den deutschen Arbeitsmarkt infrage. Davon wird rund die Hälfte nach fünf Jahren, drei Viertel vielleicht nach zehn Jahren in Arbeit kommen. Wären sie kurzfristig alle als arbeitslos registriert, dann stiege die Zahl der Arbeitslosen um knapp acht Prozent und die derzeitige Arbeitslosenquote um weniger als einen halben Pro-

zentpunkt. Die finanziellen Konsequenzen sind signifikant, aber eher klein. Auch wenn der Zustrom in den nächsten Jahren anhält, würde das pro Jahr bei 16 Milliarden Euro liegen, also bei einem halben Prozentpunkt des Bruttoinlandsprodukts.

Was könnten wir tun, um Einwanderer besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren?

Es sollte ziemlich früh festgestellt werden, welche Qualifikation der Einzelne hat. Zudem müssen die Verfahren beschleunigt werden, damit die Einwanderer schnell Klarheit über ihren Status erhalten. Die Unternehmen werden den Immigranten nur eine berufliche Ausbildung anbieten, wenn sie sicher sind, dass diese länger bleiben dürfen. Je eher die Immigranten eine Arbeitserlaubnis erhalten, desto besser gelingt die Integration.

Das ifo Institut fordert die Abschaffung des Mindestlohns, um mehr Jobs für Einwanderer zu schaffen ...

Ich bin kein Freund des Mindestlohns, aber der Flüchtlinge wegen würde ich ihn nicht abschaffen. Wenn wir diese mit Langzeitarbeitslosen gleichstellen, sind Eingliederungshilfen eine bessere Hilfe.

Wer länger als ein Jahr ohne Job ist, gilt kaum noch als vermittelbar. Wie soll die Integration von Flüchtlingen nach fünf Jahren noch gelingen?

Die Integrationsanstrengungen müssen ja sofort beginnen. Das kann klappen, weil ein Großteil dieser Leute noch sehr jung ist. Dennoch ist das Verfahren zu starr. Wer für den Arbeitsmarkt geeignet ist, sollte aus dem Asylverfahren herausgenommen werden können und sofort ein Aufenthaltsrecht und eine Arbeitserlaubnis erhalten. Selbst abgewiesenen Bewerbern sollte eine befristete Berufstätigkeit ermöglicht werden, wenn sie nicht sofort abgeschoben werden. Das wäre dann wenigstens eine sinnvolle Integration in das Leben, ein Stück Entwicklungshilfe.

Dafür bräuchte man ein Einwanderungsgesetz?

Gegenwärtig ist die Bereitschaft, noch mehr Einwanderung zuzulassen, leider nicht mehr so groß. Wir sollten aber in der Flüchtlingswelle eine Chance sehen, unsere Einwanderungspolitik so zu reformieren, dass uns das langfristig nützt.

Das heißt?

Nicht jeder, der aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommt, will auf Dauer bleiben. Viele kommen in guten Zeiten und gehen in schlechten. Wir brauchen eine Strategie für Kriegsflüchtlinge und Verfolgte und eine andere für sogenannte Wirtschaftsasylanten, die es natürlich gibt. Wir sind aus demografischen Gründen auf Zuwanderung angewiesen, und noch nie war das Einwandern für hoch qualifizierte in Deutschland so einfach wie gerade jetzt. Nur die Konkurrenz ist groß, und es kommen viel zu wenige.

20 Prozent
der Flüchtlinge
haben realistische
Aussichten
auf Arbeit

Woran liegt das?

Migranten informieren sich vor allem durch soziale Netzwerke. Da spricht es sich schnell herum, wo sie sich willkommen fühlen und wo nicht. Die Flüchtlingssituation ist deswegen eine Chance, der Welt zu sagen, wir Deutsche sind anders, als viele glauben. Wir bauen keine Festung, sondern wir sind ein weltoffenes Land und bereit, unter bestimmten Bedingungen Menschen aufzunehmen. Die Grenzen zu schließen wäre das Schlimmste, was jetzt passieren könnte.

In der Türkei haben Kriegsflüchtlinge aus Syrien die Wirtschaft nicht zuletzt durch ihre Tätigkeit im informellen Sektor belebt. Ist das auch bei uns zu erwarten?

Die deutsche Schattenwirtschaft ist keine Hochburg für gering Qualifizierte. Es sind eher die gut ausgebildeten Fachkräfte wie Handwerker, die sich in der Schattenwirtschaft tummeln. Den jetzigen Flüchtlingen fehlt die Qualifikation, mit diesen Personen zu konkurrieren. Das gilt auch für den legalen Arbeitsmarkt. Diese Immigranten nehmen den Deutschen keine Jobs weg. Sie konkurrieren vielmehr untereinander um die für sie geeigneten Jobs.

Wäre es sinnvoll, Sozialleistungen für Immigranten zu kürzen, um den Anreiz für Zuwanderung zu senken?

Die Menschen, die jetzt zu uns strömen, wollen in erster Linie hier arbeiten. Es gibt keine Belege dafür, dass sie Tausende von Meilen zurücklegen, nur um sich dann in die soziale Hängematte zu legen.

Überfordert die Zuwanderung die Aufnahmefähigkeit Deutschlands?

Was uns herausfordert, ist der plötzliche Ansturm von Zuwanderern, die wir so schnell nicht immer befriedigend unterbringen können. Die Bundesbürger sollten sich aber darüber hinaus auf eine dauerhafte, wirtschaftlich begründete Zuwanderung einstellen – nur müssen wir dann unter den Einwanderungswilligen selektieren, damit diejenigen einwandern, die qualifiziert sind und als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Überfordert sehe ich derzeit Europa. Das Einwanderungsproblem ist eine größere Herausforderung für den Kontinent als die Euro-Krise. Wenn es nicht gelingt, für die Flüchtlingsfrage eine europaweite Lösung zu finden, wird Europa zerfallen. ■

konrad.handschuch@wiwo.de, malte fischer